

INFORMATIONEN

zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien
und Forschungen (IMSF)
Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH,
Frankfurt/Main

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Nr. 2/1989 – Juni

Die günstige konjunkturelle Lage der kapitalistischen Weltwirtschaft hat auch im Frühjahr 1989 angehalten. Dies gilt für Japan und die südostasiatischen Schwellenländer, die Bundesrepublik und die meisten anderen westeuropäischen Staaten. Deutliche Abschwächungserscheinungen zeigen sich in den USA und in Großbritannien, allerdings ohne daß dort schon vom Eintritt in eine rezessive Phase gesprochen werden könnte. Die Entwicklung des Welthandels verlangsamt sich etwas, allerdings wird immer noch mit einem merklichen Zuwachs von real sechs bis sieben Prozent gerechnet. Gleichzeitig werden wieder deutlich höhere Inflationsraten registriert – wobei allerdings die anziehenden Preise für Rohöl und einige andere Rohstoffe eine wichtige Rolle spielen. Hierbei handelt es sich vorwiegend um eine Normalisierung nach einer Phase starker Preisrückgänge, nicht eigentlich um eine neue „Kosteninflation“. Trotzdem besteht die Gefahr, daß die monetarischen Dogmen verpflichteten wirtschaftspolitischen Instanzen auf dem Wege von Zinserhöhungen eine neue Etappe von „Antiinflationspolitik“ einleiten und so in eine wirtschaftspolitische Konstellation hineinsteuern, die unter dem Namen „Stagflation“ nur allzu bekannt ist. Anzeichen für eine neue Runde eines Zinswettlaufs gibt es, wie die jüngsten Zinserhöhungen der Deutschen Bundesbank gezeigt haben.

Der Anstieg von Produktion, Aufträgen und Beschäftigung hat sich in der Bundesrepublik auch im ersten Vierteljahr fortgesetzt. Die Auslastung der Kapazitäten ist mit fast 88 Prozent auf einem hohen Stand geblieben.

Die Triebkraft der Konjunktur ist auf der Nachfrageseite die Investitionstätigkeit der Unternehmen. Dabei steht trotz der hohen Auslastung das Rationalisierungsmotiv eindeutig im Vordergrund. Die Nachfrage nach Investitionsgütern ist sowohl im Inland wie im Ausland hoch. Dabei dürften inzwischen Effekte des EG-Binnenmarktes spürbar werden. So zeigen Umfragen, daß die Masse der Unternehmen sich auf die verschärfte westeuropäische Konkurrenz vorbereitet, indem sie Rationalisierungsinvestitionen tätigt – während mit zusätzlichen Absatzmöglichkeiten nur selten gerechnet wird. Immerhin wirkt die Orientierung auf „1992“ zunächst konjunkturaneigend – eine andere

Frage ist, ob die Investitionen sich in den nächsten Jahren tatsächlich alle als sinnvoll erweisen werden.

Während die Investitionen weiter expandieren, verlangsamt sich die Zunahme des privaten Verbrauchs. Wegen der beschleunigten Inflation und relativ niedriger tariflicher Einkommensverbesserungen gehen die realen Nettoarbeitseinkommen je Beschäftigten („Reallöhne“) nach einer dreijährigen expansiven Phase 1989 wieder leicht zurück. Die Kaufkraft der Masseineinkommen (Arbeits- und Sozialeinkommen) stagniert, während die Kaufkraft der Bezieher von Gewinnen und Vermögenseinkommen kräftig wächst. Trotzdem wird damit gerechnet, daß der private Verbrauch auch 1989 merklich expandiert. Da 1990 die dritte Stufe der Steuerreform wirksam wird, kalkulieren die Verbraucher – so wird angenommen – mit tendenziell weiter steigenden Realeinkommen.

Der Außenhandel der BRD weist ebenfalls stattliche Zuwachsraten auf, es wird eine erneute Zunahme des positiven Außenbeitrags erwartet. Bei steigenden Außenhandelsüberschüssen haben bislang die Kapitalexporte ebenfalls weiter zugenommen. Dies – so wurde vermutet – hängt auch mit der Quellensteuer zusammen. Nachdem diese zur Jahresmitte wieder abgeschafft wurde, wird sich zeigen, ob ein Teil des „geflohenen“ Kapitals wieder zurückkehrt. Im übrigen erklären mit diesem Schritt die Finanzbehörden ihren Bankrott gegenüber dem Geldkapital: Mit dem Verzicht auf die Quellensteuer (welche ja keine zusätzliche Steuer, sondern lediglich eine Erhebungsform der Einkommensteuer war) wird nämlich deutlich gemacht, daß selbst eine bescheidene Besteuerung der Geldvermögenseinkommen nicht ins Auge gefaßt wird.

Die günstige Konjunktur scheint sich inzwischen sogar am Arbeitsmarkt deutlich auszuwirken: Im Frühjahr sind die registrierten Arbeitslosenziffern um gut 200 000 niedriger gewesen als in der gleichen Vorjahreszeit. Die Arbeitslosigkeit nimmt erstaunlicherweise ganz entgegen dem bisherigen Trend anscheinend ebenso rasch ab wie die Beschäftigung wächst, obwohl das Erwerbspotential mit den größeren Aussiedlerzahlen eher verstärkt zunimmt. Dieses Bild täuscht. Denn faktisch wurde über eine

Bereinigung der monatlichen Arbeitsmarktstatistik lediglich die „stille Reserve“ auf Kosten der registrierten Ziffern aufgestockt. Tatsächlich stagniert die Arbeitslosigkeit derzeit bei etwa dreieinhalb Millionen.

INHALT

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

- 1.1 Produktion
- 1.2 Industriebranchen
- 1.3 Geld- und Kapitalmarkt
- 1.4 Investitionen
- 1.5 Außenwirtschaft

2 Unternehmergewinne und Konzentration

- 2.1 Unternehmergewinne
- 2.2 Konzentration

3 Lage der Arbeiterklasse

- 3.1 Löhne und Gehälter
- 3.2 Preise
- 3.3 Sozialhilfe
- 3.4 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

4 Gewerkschaftliche Kämpfe in der Diskussion

- 4.1 Druckkonflikt '89
- 4.2 Ergebnisse
- 4.3 Arbeitskampfverlauf und Streiktaktik
- 4.4 Triebkräfte und Inhalte

1.1 Produktion

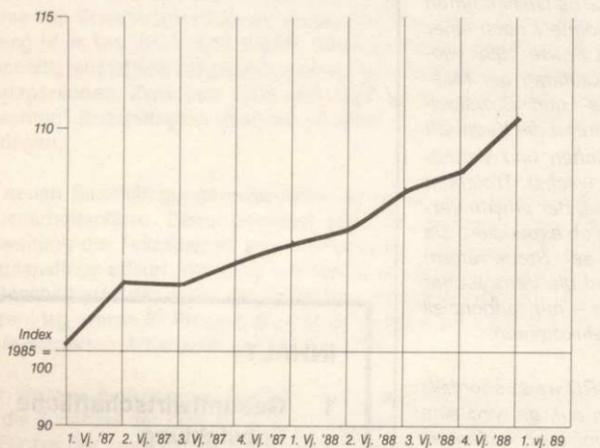
Die günstige konjunkturelle Entwicklung in der Bundesrepublik hat auch im Frühjahr 1989 weiter angehalten. Die Produktion im produzierenden Gewerbe ist nochmals angestiegen, allerdings hauptsächlich als Folge der günstigen Witterungsverhältnisse in der Bauwirtschaft. Die Erzeugung der verarbeitenden Industrie verharrt seit Ende 1988 auf einem vergleichsweise hohen Niveau.

Saisonbereinigter Produktionsindex im produzierenden Gewerbe¹

1987				1988				1989
1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
100,5	103,1	103,0	104,0	104,9	105,4	107,3	108,1	110,5

¹ Volumen, Index 1985 = 100
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen)

Saisonbereinigter Produktionsindex im produzierenden Gewerbe



Während die Produktion in den Investitionsgüterindustrien kräftig und in den Verbrauchsgüterindustrien langsam wächst, geht das Produktionsvolumen der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien leicht zurück.

Im Vergleich zu den entsprechenden Vorjahresmonaten liegt die Produktion ebenfalls deutlich höher.

Nettoproduktion des produzierenden Gewerbes¹

	November	Dezember	Januar	Februar	März ²
Insgesamt	+3,4	+5,2	+7,3	+4,5	+3,3
Grundstoffe/Produktionsg.	+6,1	+9,4	+6,5	+3,3	+2,9
Investitionsg.	+3,5	+5,0	+10,7	+6,1	+5,0
Verbrauchsg.	+2,9	+5,3	+3,9	+2,8	-0,8

¹ 1988/89 in % gegenüber dem Vorjahr
² Vorläufig
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

Vor allem im Investitionsgüterbereich errechnen sich hohe Steigerungsraten.

Auch die Auftragsentwicklung zeigt das Bild einer anhaltenden Aufwärtsentwicklung, allerdings ebenfalls etwas verlangsamt.

Saisonbereinigter Index des industriellen Auftragseingangs¹

1987				1988				1989
1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
105	107	110	109	112	114	118	117	120

¹ Volumen, Index 1980 = 100
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, lfd.)

Auch hier ist die Situation vor allem in den Investitionsgüterindustrien günstig, während die Aufwärtsentwicklung im Grundstoff- und im Verbrauchsgüterbereich verhalten ist. Bei den Investitionsgütern erweisen sich sowohl die Inlands- als auch die Auslandsbestellungen gleichmäßig expansiv.

Gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum ergeben sich beachtliche Zuwachsraten, wobei allerdings die Märzsituation nach Auskunft des Bundeswirtschaftsministeriums durch einige Großaufträge überzeichnet ist.

Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe¹

	Insgesamt	Grundstoffe und Produktionsgüter	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter
November	+10,2	+11,2	+10,1	+8,9
Dezember	+16,0	+14,6	+18,0	+11,5
Januar	+16,3	+16,4	+17,4	+13,5
Februar	+8,0	+7,4	+9,7	+3,3
März ²	+7,9	+4,9	+11,8	+1,1

¹ Veränderungen 1988/89 in % gegenüber dem Vorjahr, zu jeweiligen Preisen
² Vorläufig
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

Aktuell sind keine Anzeichen sichtbar, daß die Aufwärtsentwicklung in den nächsten Monaten beendet sein könnte. Verschiedentlich wird angenommen, daß die hohe Auslastung in einer Reihe von Branchen eine Schranke für die weitere Steigerung der Produktion sein könnte. Dagegen verweist das Ifo-Institut auf die Tatsache, daß im Zuge der Einführung der neuen Technologien der Anlagenbestand flexibler geworden sei, so daß die Kapazitätsgrenzen auch bei bestehendem Anlagenbestand stärker verschiebbar seien. Auch ist nach wie vor bezeichnend, daß die vergleichsweise hohe Investitionsaktivität überwiegend mit Rationalisierung und nicht mit Kapazitätserweiterung begründet wird.

1.2 Wichtige Industriebranchen

Die günstige wirtschaftliche Gesamtsituation erstreckt sich auf fast alle Branchen, selbst die klassischen Schrumpfbereiche können über zumeist gute Absatz- und Gewinnverhältnisse berichten.

Die **eisenschaffende Industrie** verzeichnete 1988 ein Boomjahr wie schon lange nicht mehr. Allerdings war der Anstieg der bundesdeutschen Stahlproduktion um 13 Prozent zu etwa zwei Dritteln auf Lagereffekte zurückzuführen, so daß sich im laufenden Jahr vor dem Hintergrund voller Lager bei den Stahlverbrauchern ein allmählicher Produktionsrückgang ergeben dürfte. Aber erst im kommenden Jahr wird die Kapazitätsauslastung deutlich sinken. Im übrigen hat die günstige Absatzsituation und Gewinnlage die Unternehmen nicht dazu veranlaßt, ihre Personalabbaupläne zu revidieren. Von Ende 1986 bis Herbst 1988 hat die Beschäftigtenzahl weiter um 19000 (rund 10 Prozent) abgenommen, bis Ende 1990 sollen weitere 20000 Arbeitsplätze verschwinden.

In der **chemischen Industrie** jagen sich die Rekorde. Nach einem Produktionszuwachs von gut fünf Prozent im abgelaufenen Jahr sind auch die ersten Monate des Jahres 1989 von anhaltenden Absatzzuwächsen gekennzeichnet, wobei vor allem der Export floriert. Auch die Belegschaftsziffern nehmen minimal zu. Dagegen expandieren die Gewinne insbesondere der Großchemie rapide. Nach sechs Jahren ununterbrochener Gewinnzuwächse machten die ausgewiesenen Erträge der drei großen Chemiekonzerne 1988 einen Sprung um zwanzig bis dreißig Prozent. Fürs erste Vierteljahr 1989 wird wiederum von Zuwächsen um mehr als zwanzig Prozent berichtet.

Der **Maschinenbau** profitiert in hohem Maße vom massiven Rationalisierungsprozeß im In- und Ausland, wobei er insbesondere in der EG gut positioniert ist. Während die Produktion 1988 um drei Prozent zugenommen hat, sind die Auftragsbestände beschleunigt gewachsen. Für 1989 wird daher mit einer stärkeren Produktionszunahme um vier bis fünf Prozent gerechnet, auch nimmt die Beschäftigung minimal zu. Ende 1988 hatte sie wieder den Stand von Ende 1987 erreicht. Die Gewinne expandieren kräftig, 1988 kam es zu durchschnittlichen Ertragsverbesserungen um ein Viertel gegenüber dem Vorjahr.

Nettoproduktion in ausgewählten Industriezweigen¹

	3. Vj. 1988	4. Vj. 1988	Januar	Februar ²
Produzierendes Gewerbe insges.	+4,0	+3,8	+7,3	+4,8
Eisenschaffende Industrie	+15,8	+14,6	+8,6	+4,3
Chemische Industrie	+4,4	+5,4	+5,1	+2,0
Maschinenbau	+6,5	+2,8	+23,0	+2,4
Straßenfahrzeugbau	+0,6	+1,9	+8,4	+7,1
Elektrotechnik	+5,7	+7,4	+11,1	+8,9
EDV-Geräte	+3,3	+1,7	-3,2	-10,1
Textilgewerbe	-2,8	-2,5	-2,5	+1,8
Bekleidungs-gewerbe	+3,7	-3,5	-7,5	-2,0
Bauhaupt-gewerbe	-4,4	+2,7	+14,2	+21,7

¹ In % gegenüber dem Vorjahr
² Vorläufig
(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht, lfd.)

Die **Elektroindustrie** befindet sich ebenfalls in einer außerordentlich günstigen Lage, welche bestimmt ist vom Rationalisierungsprozeß in der BRD und vor allem im westeuropäischen Ausland. Die Produktion, die 1988 um gut sechs Prozent zugenommen hat, soll auch 1989 um etwa fünf Prozent weiter ansteigen. Die Beschäftigung nimmt in einem Tempo von einhalb bis zwei Prozent jährlich zu. Die Unternehmenserträge befinden sich in einer blendenden Verfassung, nach einer Verbesserung um durchschnittlich ein Sechstel wird für 1989 mit einem weiteren Anstieg um zehn Prozent gerechnet.

Unerwartet stabil ist die Situation in der **Automobilindustrie** geblieben. Die vorhergesagten deutlichen Produktionsrückgänge sind bislang nicht eingetreten, die Automobilproduktion, die 1988 stagniert hatte, ist im ersten Vierteljahr 1988 sogar wieder leicht angestiegen. Dabei erwiesen sich die Exporte als Haupttriebkraft, sie lagen sogar um acht Prozent über dem Ergebnis vom ersten Vierteljahr 1988. Die Belegschaftszahlen sinken allerdings, vor allem rationalisierungsbedingt. Obwohl die Auftragseingänge immer noch aufwärts gerichtet sind, dürfte die inländische Nachfrage nach PKW im zweiten Halbjahr 1989 tendenziell eher nachlassen. Dafür spricht die verschlechterte Einkommenslage der Verbraucher und die Tatsache, daß der Autoboom der letzten Jahre zu einer Verjüngung des Fahrzeugbestandes geführt hat.

In den **Textil- und Bekleidungsindustrien** überwiegen weiterhin rezessive Tendenzen. Die Erzeugung ging 1988 um zwei bis drei Prozent zurück, die Belegschaftsziffern sanken wiederum um rund 12000 oder um dreieinhalb Prozent. Dabei stiegen die Exporte deutlich an, während die Importe leicht zurückgingen. Der Importüberschuß der Branchen verminderte sich. Die inländische Nachfrage dagegen blieb gedrückt.

In der **Bauwirtschaft** wird inzwischen verschiedentlich sogar davon gesprochen, nun wieder eine Rolle als gesamtwirtschaftlicher „Wachstumsmotor“ spielen zu können. Die Krise der Bauwirtschaft gilt als überwunden. Und in der Tat sind sowohl im gewerblichen Bau als auch im öffentlichen Bau und vor allem im wichtigen Wohnungsbau die Trends deutlich nach oben gerichtet. Dabei wird allerdings manchmal übersehen, daß die aktuelle Situation auch

durch Sonderfaktoren wie zwei milde Winter, zusätzliche öffentliche Mittel für Wohnungsbauprogramme, konjunkturell bedingt hohe Steuereinnahmen und Zinssteigerungserwartungen gekennzeichnet ist. Immerhin ist eine Stabilisierung nicht zu übersehen. Gegenwärtig wird ein weiterer kräftiger Zuwachs des Bauvolumens um vier bis fünf Prozent erwartet, ebensoviel wie im abgelaufenen Baujahr. Selbst der Beschäftigungsrückgang im Baugewerbe scheint gestoppt zu sein.

1.3 Geld- und Kapitalmarkt

Die Beschleunigung der Wirtschaftstätigkeit im Laufe des Jahres 1988 und Anfang 1989 spiegelt sich fast ausschließlich auf dem Geld- und Kreditmarkt wider, während der Absatz von inländischen Wertpapieren eher gedämpft bleibt.

Konsolidierte Bilanz des Bankensystems

	1987 Dezember Milliarden DM	1988	1989 ² März	1987	1988	1989 ² Veränderungen gegen- über Vorjahr in %
Kredite an inländische Nichtbanken	2214,2	2347,0	2367,8	3,0	6,0	6,3
- Unternehmen u. Private	1699,8	1791,1	1806,5	3,5	5,4	5,9
- Öffentliche Haushalte	514,4	555,9	561,3	5,3	8,1	7,7
Netto-Auslandsforderungen	270,8	255,8	227,3	19,1	-5,5	-11,8
Geldkapitalbildung bei den Kreditinstituten ¹	1372,6	1413,2	1428,7	4,9	3,0	2,6
darunter:						
Spareinlagen						
und -briefe	428,7	422,7	409,4	4,8	-1,4	3,7
Geldvolumen (M ₃)	1112,4	1189,6	1166,4	5,9	6,9	6,9

¹ Einschließlich „Zentralbankanlagen der öffentlichen Haushalte“ und „Sonstige Einflüsse“
² Vorläufige Zahlen
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

Wie aus der Tabelle „Konsolidierte Bilanz des Bankensystems“ hervorgeht, haben sich die jährlichen Zuwachsraten der Kredite an Unternehmen und Private von 3,5 Prozent Ende 1987 auf 6 Prozent Ende März 1989 erhöht. Die Nachfrage der öffentlichen Hand wuchs noch schneller, aber es sieht so aus, als wenn sich das Wachstumstempo im ersten Vierteljahr 1989 beruhigt hat. Infolge der extrem hohen Kapitalabflüsse gehen die Nettoauslandsforderungen ständig zurück. Die massive Kapitalausfuhr sei auch der Einführung der Quellensteuer auf Zinseinkünfte Anfang dieses Jahres zuzuschreiben: „Die Regierung hat in diesem Monat die Quellensteuer auf Zinseinkünfte eingeführt und damit eine gewaltige Kapitalflucht ausgelöst. Das Finanzministerium ist nur zwei Zugstunden von Frankfurt entfernt, auch wenn offenbar es Lichtjahre von der Erfassung der Bedürfnisse eines modernen Kapitalmarktes entfernt liegt“ („The Economist“, **Sweeping away Frankfurt's old-fashioned habits**, 28. 1. 1989, S. 77).

Auf der Passivseite wächst die Geldkapitalbildung bei den Kreditinstituten nur geringfügig: Bei den Spareinlagen und -briefen ist es sogar zu einem Mittelabfluß gekommen; diese Entwicklung erklärt sich zum großen Teil durch die relativ niedrigen Zinssätze auf kurz- und mittelfristige Anlagen. Das Geldvolumen M₃, das die Notenbank seit Anfang 1988 dem Geldmengenziel zugrunde gelegt hat und dessen Entwicklung seither enger mit der Währungspolitik im Zusammenhang steht, hat sich im ersten Quartal 1989 nicht beschleunigt: Die Kreditbremse der Bundesbank scheint zu greifen; nach der weiteren Zinsheraufsetzung der Bank, Anfang April, dürfte sich diese Wirkung noch verstärken.

Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren (Milliarden DM)

	1986	1987 Jahr	1988 Jahr	1988 1. Vj.	1989 ¹ 1. Vj.
Anleihen der öffentlichen Hand	57 774	59 768	46 228	18 195	8 050
Kommunalobligationen	13 121	5 960	65	- 729	- 1 900
Sonstige Bankschuldverschreibungen	16 390	22 489	- 11 093	- 1 093	7 100
Industrieobligationen	200	- 27	- 100	- 45	100
Ausländische Rentenwerte	16 375	24 835	54 797	13 369	17 000
Absatz = Erwerb insgesamt	103 860	113 025	89 897	29 697	30 350
darunter:					
Kreditinstitute	31 297	44 319	33 454	10 347	
Inländische Nichtbanken	12 806	34 424	53 984	16 822	
Ausländer	58 689	34 933	2 057	2 560	

¹ Vorläufige Zahlen
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte, lfd.)

Eine deutliche Beruhigung zeigt sich am primären Kapitalmarkt: Der Absatz von inländischen festverzinslichen Wertpapieren und Aktien ist 1988 beträchtlich zurückgegangen; die Emissionen von Rentenwerten sanken von knapp 90 Milliarden 1987 auf 35 Milliarden 1988, und diese Tendenz setzt sich Anfang 1989 fort. Auch bei den Aktien war der Nettoabsatz 1988 stark rückläufig: 7,5 Milliarden gegenüber zwölf Milliarden 1987, aber im ersten Vierteljahr 1989 deutet sich eine spürbare Wiederbelebung an. Stark expandiert haben indessen die Emissionen von ausländischen Rentenwerten und Aktien; zusammen mit dem stagnierenden Erwerb von inländischen Wertpapieren durch Ausländer ist das Ausdruck der großen Nettokapitalausfuhr der Bundesrepublik 1988 und Anfang 1989.

Eine rege Tätigkeit ist auf dem sekundären Kapitalmarkt insbesondere bei den Rentenwerten zu beobachten: Die Börsenumsätze von festverzinslichen Wertpapieren sind von 1 186 Milliarden 1987 auf 1 841 im Jahre 1988 gestiegen, und diese Tendenz hält im ersten Quartal 1989 an. Das wird auch von der Entwicklung bei Mittelaufkommen der Rentenfonds der Kapitalanlagegesellschaften bestätigt, das von 11 Milliarden 1987 auf 18 Milliarden 1988 zugenommen hat.

Zinsen, Rendite und Kurse am Kredit- und Kapitalmarkt

Zeit	Kontokorrentkredite	Renditen von Anleihen der öffentl. Hand	Index der Aktienkurse ²
	in %		30. 12. 1980 = 100
1987			
1. Vj.	6,85	5,7	262,9
2. Vj.	6,63	5,5	261,3
3. Vj.	6,65	6,0	285,6
4. Vj.	6,62	6,2	220,4
1988			
1. Vj.	6,34	5,8	197,1
2. Vj.	6,31	6,0	208,3
3. Vj.	6,78	6,4	224,7
4. Vj.	6,99	6,2	241,2
1989			
1. Vj.	7,35	6,8	251,9

¹ Auf Kredite von 1 bis 5 Millionen DM
² Statistisches Bundesamt
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte, lfd.)

Seit letztem Sommer tendieren Zinsen und Renditen deutlich nach oben, und die letzte Diskontsatz- und Lombardsatzerhöhung durch die Bundesbank Anfang April wird das noch beschleunigen. Die Zinserhöhung hat sich noch nicht auf die Aktienkurse niedergeschlagen, aber die Börsenbeobachter sagen voraus, daß das nur eine Frage der Zeit sei und daß sie sich bald auf den Aktienmarkt negativ auswirken werde. Das um so mehr, als die Kleinanleger

kaum Interesse an Aktien zeigen würden. Wie es unlängst in der „Zeit“ hieß: „Großanleger und ausländische Investoren beherrschen das Geschehen am deutschen Aktienmarkt. Privatanleger aus dem Inland spielen an der Börse nach wie vor nur eine unbedeutende Rolle. Zwar wandert ihr Erspartes über Versicherungen, Pensionskassen und andere Einrichtungen oft an die Börse, doch persönlich scheuen sie den Kauf von Aktien. Das Risiko des Kursverlustes und der Zeitaufwand, den ein Engagement in Aktien erfordert, schrecken die deutschen Sparer offenbar ab“ („Die Zeit“, Nr. 15, 7. 4. 1989, S. 35).

1.4 Investitionen

Die Triebkraft der Konjunktur ist gegenwärtig auf die Investitionsnachfrage übergegangen. Vor allem die Ausrüstungsinvestitionen expandieren in einem überraschend schnellen Tempo.

Investitionen in der Gesamtwirtschaft¹

	1987	1988	1989 ²
Ausrüstungen	+ 5,6	+ 7,5	+ 7,5
Bauten	+ 0,2	+ 4,5	+ 4,5
Anlageinvestitionen			
Insgesamt	+ 2,5	+ 5,8	+ 6,0

¹ Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr, feste Preise
² Prognose des „Frühjahrgutachtens“
(Quelle: Statistisches Bundesamt; DIW-Wochenbericht 17-18/1989)

Die ohnehin schon recht optimistischen Erwartungen für das laufende Jahr wurden nochmals deutlich nach oben korrigiert. Die Unternehmen der Industrie, deren Investitionspläne zweimal im Jahr vom Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung erfragt werden, haben in der Frühjahrsumfrage 1989 gegenüber den Plänen vom Herbst ihre Vorhaben bedeutend ausgeweitet: War Ende 1988 in der Industrie eine Erweiterung der nominalen Investitionsbudgets für 1989 um dreieinhalb Prozent geplant, so wird nun mit einer Expansion um elf Prozent gerechnet.

Die Korrekturen nach oben überraschen insofern nicht, als die Kapazitätsauslastung Ende 1988 mit 88,7 Prozent einen Stand erreicht hatte, wie er seit 1973 nicht mehr verzeichnet worden war. Auch im ersten Quartal 1989 ist der Auslastungsgrad nur wenig auf 87,9 Prozent zurückgegangen, vor allem wegen der niedrigeren Auslastung in den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien. Hier waren 1988 die Vorratslager der Verbraucher in Erwartung steigender Preise aufgestockt worden, so daß die Nachfrage nun unter den laufenden Verbrauch gesunken ist. Dagegen ist die Auslastung im Investitionsgüterbereich nochmals angestiegen.

Kapazitätsauslastung in der Industrie

	März	Juni	September	Dezember
1985	82,9	84,5	84,4	85,1
1986	84,3	84,7	85,0	84,6
1987	83,6	84,2	84,5	85,0
1988	84,7	86,0	87,4	88,7
1989	87,9			

¹ In % der betriebsüblichen Vollaustattung
(Quelle: Ifo-Schnelldienst)

Trotz der hohen Kapazitätsauslastung stehen weiter Rationalisierungsinvestitionen im Vordergrund – was auch mit der Flexibilisierung des Anlagenbestandes zusammenhängen dürfte. Produktionssteigerungen sind unter diesen Bedingungen möglich, ohne die Produktionskapazitäten wesentlich zu erweitern.

Zielsetzung der Investitionen¹

	1987	1988	1989
Kapazitätserweiterung	34	32	27
Rationalisierung	44	47	49
Ersatzbeschaffung	22	21	24

¹ Anteile in %, Planungen der Unternehmen
(Quelle: Ifo-Schnelldienst 32/1988)

Die großen (geplanten) Rationalisierungsaktivitäten dürften inzwischen auch mit der Einstellung der Unternehmen auf die verschärfte internationale Konkurrenz als Folge der Orientierung auf den EG-Binnenmarkt zusammenhängen. Bei einer Umfrage des Ifo-Instituts im verarbeitenden Gewerbe der BRD nach den Produktionsstrategien der Unternehmen für „Europa 1992“ beabsichtigten 60 Prozent der Unternehmen Veränderungen. Davon planten 49 Prozent zusätzliche Rationalisierungsinvestitionen, ein Anteil, der bei den Investitionsgüterindustrien mit 58 Prozent noch höher war. Nur zehn Prozent der befragten Industrieunternehmen wollten vorwiegend die Kapazitäten erweitern. (Ifo-Schnelldienst 11/1989, S. 15)

Vor dem Hintergrund eines hohen Auslastungsgrads, außerordentlich günstiger Renditen und Finanzierungsbedingungen und zusätzlichen Rationalisierungsdrucks dürfte die Investitionstätigkeit der Unternehmen auch in der nächsten Zeit hoch bleiben, selbst, wenn der Absatz nicht mehr so rasch zunehmen sollte wie in der jüngeren Vergangenheit.

1.5 Außenwirtschaft

Der Außenhandel der BRD expandierte im ersten Vierteljahr 1989 sprunghaft. Die Exporte lagen wertmäßig um mehr als 20, die Importe um mehr als 15 Prozent über dem Vorjahresstand. Dieser Zuwachs ist vor allem den wachsenden Ausfuhren in die westeuropäischen Länder zu verdanken, die Exporte in die USA nahmen ebenfalls zu, wenn auch unterdurchschnittlich. Die Außenhandelszuwächse dürften allerdings statistisch etwas nach oben verzerrt sein. Denn Anfang 1988 war die Außenhandelsstatistik umgestellt worden, was anfangs zu einer gewissen Untererfassung der Handelsströme geführt hatte. So sind die Vergleichswerte vom ersten Quartal 1988 sicherlich zu niedrig ausgewiesen.

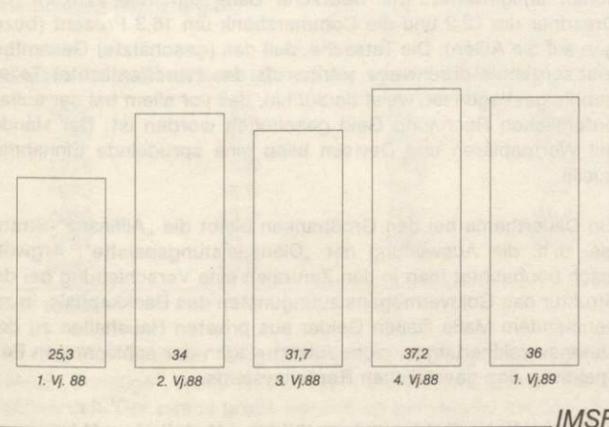
Außenhandel der BRD

	Exporte Mrd. DM	% ¹	Importe Mrd. DM	% ¹	Saldo Mrd. DM	% ¹
1. Vj. 88	128,3	+ 0,8	103,0	+ 3,5	+ 25,3	- 9,2
2. Vj. 88	143,8	+ 11,2	111,4	+ 9,6	+ 34,0	+ 22,3
3. Vj. 88	138,9	+ 8,9	107,2	+ 7,7	+ 31,7	+ 13,2
4. Vj. 88	159,5	+ 11,5	122,3	+ 12,3	+ 37,2	+ 9,1
1. Vj. 89	156,2	+ 21,7	120,2	+ 16,7	+ 36,0	+ 42,3

¹ In % gegenüber dem Vorjahr, Spezialhandel, letzte Zahl vorläufig
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

Außenhandel der BRD

in % gegenüber Vorjahr



IMSF

Nach den vorliegenden Prognosen wird sich die günstige Exportentwicklung in der nächsten Zeit fortsetzen. Bei einer erwarteten Expansion des Welthandels um sechs bis sieben Prozent 1989 (gegenüber neun Prozent 1988) rechnet z. B. das „Frühjahrgutachten“ der fünf großen Wirtschaftsforschungsinstitute mit einer weiteren bundesdeutschen Exportsteigerung um sechs Prozent. Obwohl sich inzwischen in den USA und auch in Großbritannien konjunkturelle Abschwächungstendenzen bemerkbar machen, spricht für optimistische Exporthoffnungen insbesondere die relativ inten-

sive Investitionstätigkeit in Westeuropa, welche die bundesdeutsche Investitionsgüterindustrien begünstigt.

Im letzten Vierteljahresbericht (INFORMATIONEN 1/89) war auf den außerordentlich hohen Saldo in der Kapitalbilanz eingegangen worden. Insgesamt waren 1988 mehr als 110 Milliarden DM in Form von Kapitalexport ins Ausland abgeflossen. Diese Tendenz hat sich auch in den ersten Monaten von 1989 fortgesetzt. Im ersten Vierteljahr 1989 flossen erneut per saldo mehr als 30 Milliarden DM ab, wiederum deutlich mehr als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum.

Die außerordentliche Höhe des Kapitalexports – so wird vermutet – hängt mit der Einführung der Quellensteuer auf Kapitalerträge zusammen. Viele Geldanleger dürften angesichts dieser Steuerbelastung Geldanlagen im Ausland vorgezogen haben – was nebenbei belegt, in welchem Ausmaß die Erträge aus Geldkapitalanlagen am Finanzamt vorbei geschleust werden. Denn die Quellensteuer als eine Erhebungsform der Einkommensteuer führt ja nur dann zu einer höheren Belastung der Erträge, wenn diese vorher überhaupt nicht versteuert worden sind. Die Mitte 1989 von der Bundesregierung verkündete Abschaffung der Quellensteuer ist also das stillschweigende Eingeständnis, daß man auf eine wirksame Besteuerung von Geldvermögenseinkommen überhaupt verzichten will, eine faktische Bankrotterklärung der Finanzbehörden vor dem internationalen fluktuierenden Geldkapital. Die eindeutige steuerliche Privilegierung der Geldkapitalanlagen sowohl im Vergleich zu den Realkapitalanlagen als auch im Vergleich zur Behandlung der Arbeitseinkommen wird damit erneut unterstrichen.

Nach der Abschaffung der Quellensteuer wird sich zeigen, wie hoch der Anteil des Kapitalexports ist, der als „quellensteuerflüchtig“ zu bezeichnen ist. Keine Bedeutung hatte die Quellensteuer auf jeden Fall für die Direktinvestitionen. Diese haben 1988 erneut kräftig auf 15,4 Milliarden DM zugenommen, gegenüber 12,8 Milliarden 1987. Stark angestiegen sind dabei die Engagements in den EG-Ländern, die 1988 mit fast sechs Milliarden DM doppelt so hoch waren wie im Vorjahr. Hier dürfte der mit der Orientierung auf den EG-Binnenmarkt verbundene internationale Konzentrationsprozeß einen Ausdruck finden. Trotz eines leichten Rückgangs aber sind die USA mit 6,6 Milliarden der Hauptadressat geblieben, während die neuen Kapitalanlagen in den Entwicklungsländern per saldo auf 400 Millionen zurückgingen. Der Bestand der deutschen Unternehmen an Direktinvestitionen im Ausland lag nach einer Statistik der Deutschen Bundesbank (die nicht voll vergleichbar ist mit der Statistik des Bundeswirtschaftsministeriums, auf der die oben dargestellten Zahlen beruhen) Ende 1987 bei 142 Milliarden DM. Die Bundesrepublik liegt damit weltweit an vierter Stelle, nach den USA, Großbritannien und Japan. Die USA verfügen immer noch über mehr als dreimal so hohe ausländische Unternehmensbeteiligungen wie die Bundesrepublik.

Direktinvestitionen der BRD im Ausland Ende 1987

Insgesamt	142,0 Mrd. DM
darunter in:	
EG-Ländern	56,6 Mrd. DM
USA	40,0 Mrd. DM
Schweiz	10,6 Mrd. DM
Japan	2,9 Mrd. DM
Entwicklungsländer	14,9 Mrd. DM

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 4/89, S. 31)

Gut die Hälfte der bundesdeutschen Kapitalanlagen liegen in westeuropäischen Ländern. Die Kapitalanlagen in den Entwicklungsländern stagnieren, was auch mit der Auflösung von Unternehmensbeteiligungen dort zusammenhängt. Fast die Hälfte des Auslandskapitals entfällt auf drei Branchen der Industrie, an der Spitze die Chemische Industrie (30 Mrd. DM), gefolgt vom Fahrzeugbau (16 Mrd. DM) und von der Elektrotechnik (14,5 Mrd. DM). Daneben aber sind die Banken und Versicherungen als Kapitalanleger bedeutsam: Allein zwischen 1985 und 1987 erhöhten sie ihre Auslandsbeteiligungen von 14 auf 21 Milliarden DM. Die ausländischen Kapitalanlagen in der Bundesrepublik waren Ende 1987 mit gut 100 Milliarden DM bedeutend niedriger. Ins Gewicht fielen dabei vor allem die USA mit 36 Milliarden DM und die Schweiz mit 15 Milliar-

den. In der EG besteht nur gegenüber Großbritannien und den Niederlanden ein negativer Saldo der Bundesrepublik, wobei die Rolle dieser beiden Länder im Mineralölbereich entscheidend ist. Was die Entwicklung 1988 angeht, so nahmen die ausländischen Kapitalanlagen in der BRD nur minimal zu. In der EG standen den bundesdeutschen Kapitalexporten von sechs Milliarden nur EG-Kapitalimporte von gut einer Milliarde DM gegenüber

2 Unternehmergewinne und Konzentration

2.1 Unternehmergewinne

Im März 1989 stellte die Bundesbank in einer Untersuchung zur „Ertragslage und Investitionstätigkeit der Unternehmen im zweiten Halbjahr 1988“ fest, daß die Profite im genannten Zeitraum noch stärker als vorher gestiegen sind (Monatsbericht März, S. 13ff.). Die Bruttoeinkommen der Produktionsunternehmen (ohne Finanzierungsinstitute und Wohnungswirtschaft) übertrafen saisonbereinigt noch „das außergewöhnlich hohe Niveau der ersten Jahreshälfte“ um gut 2 Prozent; gegenüber dem Vorjahreszeitraum betrug der Anstieg 9 Prozent. Seit Anfang 1981 (dem letzten Tiefstand) haben sich die Gewinne verdoppelt.

Finanzlage der Produktionsunternehmen¹

	1987		1988		1988		1988	
	1. HJ	2. HJ						
	Mrd.	v. H. ²						
Bruttoeinkommen	191,3	6,4	203,8	5,0	211,3	10,5	222,0	8,9
Eigenfinanzierungsmittel	119,8	12,4	109,7	-0,4	130,2	8,7	122,1	11,3
Bruttoinvestitionen	122,3	9,0	114,2	5,2	131,4	7,4	133,0	16,4

¹) ohne Finanzierungsinstitute und Wohnungswirtschaft
²) in v. H. gegenüber dem Vorjahr
 Quelle: Monatsbericht März 1989 der Deutschen Bundesbank, S. 15

Die Eigenfinanzierungsquote der Investitionen ist mit 92 Prozent sehr hoch gewesen, auch wenn sie gegenüber dem ersten Halbjahr (99 Prozent) oder dem Vorjahreszeitraum (96 Prozent) gesunken ist. Letzteres erklärt sich daraus, daß es 1988 eine erhebliche Zunahme der Investitionen gegeben hat.

Die Bundesbank stellt als Ergebnis dessen fest, daß sich die internationale Wettbewerbsfähigkeit der bundesdeutschen Unternehmen noch mehr verbessert habe. Für die Kapitalverbände war das allerdings kein Grund, mit den Klagen über „Standortnachteile“ in der BRD aufzuhören. Daß die gestiegenen Profite und Investitionen die Arbeitslosigkeit nicht verringert haben und kaum zur Schaffung neuer Stellen führten, sei nur am Rande vermerkt.

Die allgemeine Tendenz bei der Profitentwicklung widerspiegelt sich auch in den veröffentlichten Jahresabschlüssen einzelner Konzerne. Die Großchemie beispielsweise meldete enorme Steigerungsraten – ausgehend von einem hohen Vorjahresniveau: Bayer + 21%, Hoechst + 32%, BASF + 44% beim Jahresüberschuß. In der Stahlbranche, wo die Arbeitsplatzvernichtung im letzten Jahr hoch war, verblühten die Zahlen der Spitzenkonzerne Hoesch, Klöckner und Thyssen. Letzterer brach mit einem Zuwachs beim Jahresüberschuß von 270 auf 680 Millionen viele Rekorde. Und auch die Nummer eins in der BRD, Daimler-Benz, meldete zwar – wie erwartet – ein leicht geschrumpftes Ergebnis (-4,5%), steht aber nach allgemeiner Ansicht der Wirtschaftspresse weiterhin blendend in der Landschaft. Liquide Mittel von 14,2 Mrd. DM werden auch in Zukunft kaum ein Projekt am Geld scheitern lassen.

Im Frühjahr veröffentlichen auch die meisten Banken, einschließlich der Großbanken ihre Geschäftsberichte. Deren Lektüre zeigt, daß der Börsenkrach vom Oktober 1987 keine bleibenden Spuren hinterlassen hat, auch wenn „der Donner des Börsensturzes noch immer in den Bilanzen nachhallt“ (Handelsblatt). Dieses Zitat bezieht sich darauf, daß 1988 noch nicht wieder die Zahlen des Rekordjah-

res 1986 erreicht werden konnten, obgleich die Steigerung gegenüber dem Vorjahr beachtlich war.

Für die Deutsche Bank war 1988 das drittbeste Jahr ihrer Geschichte. Die Eigenmittel waren mit 11,5 Mrd. DM sogar höher als jemals zuvor, ebenso der steuerliche Gewinn (2,3 Mrd. DM). Im laufenden Jahr will man auch beim Betriebsergebnis einen neuen Rekord aufstellen. In den ersten beiden Monaten habe man „wieder den Anschluß an das Rekordjahr 1986 gefunden“, berichtete Sprecher Herrhausen auf der Hauptversammlung Ende März.

Ganz ähnlich bei der Dresdner Bank: auch hier wurde (ebenso wie bei der Commerzbank) von 1988 als drittbestem Bankjahr und von einem „vielversprechenden Auftakt“ für 1989 gesprochen (FAZ, 14. 4.). Vor allem die Gewinne aus dem Eigenhandel (Wertpapiere, Devisen) sind im letzten Jahr – lt. Handelsblatt – „explodiert“.

Die Commerzbank mußte wegen hoher Ausgabensteigerungen eine Schrumpfung beim Teilbetriebsergebnis (-4,6%) hinnehmen; das Gesamtergebnis stieg hingegen um denselben Prozentsatz. Ungeachtet dessen sei die Eigenkapitalausstattung der Bank „komfortabel“, berichtete Sprecher Seipp auf der Hauptversammlung Mitte April.

Bilanzkennzahlen der Großbanken (Konzernzahlen)

Bank	Jahr	Bilanzsumme	Gesch.-volumen	Teilbetr.-ergebnis	Gesamtbetr.-ergebnis ¹
Dt. Bank	1985	237	243	1,9	4,0
	1986	257	262	2,9	5,1
	1987	268	272	2,5	3,3
	1988	305	309	3,1	4,5
Dresdner Bank	1985	189	193	1,7	2,6
	1986	197	201	1,8	2,9
	1987	207	210	1,5	2,3
	1988	232	234	1,6	2,8
Commerzbank	1985	137	140	1,1	1,5
	1986	148	151	1,2	1,6
	1987	162	164	1,1	1,3
	1988	180	182	1,1	1,4

¹) Das Gesamtbetriebsergebnis müssen die Privatbanken nicht veröffentlichen. Es wird in der Wirtschaftspresse geschätzt.

Im Handelsblatt (19. 4.) wurde eingeschätzt, daß der Börsenkrach von 1987 hauptsächlich zu einer „inneren Stärkung“ der Großbanken, d. h. zur nochmaligen Aufstockung der Reserven geführt hat. Deshalb hatte es beim Geschäftsvolumen eine kontinuierliche Steigerung, beim Ergebnis aber einen Einbruch gegeben.

Besonders stark haben die Banken im letzten Jahr das Kreditgeschäft ausgeweitet: Die Deutsche Bank um 18,3 Prozent, die Dresdner um 12,2 und die Commerzbank um 16,3 Prozent (bezogen auf die AGen). Die Tatsache, daß das (geschätzte) Gesamtbetriebsergebnis durchwegs stärker als das (veröffentlichte) Teilergebnis gestiegen ist, weist darauf hin, daß vor allem bei der außerordentlichen Rechnung Geld gescheffelt worden ist: Der Handel mit Wertpapieren und Devisen blieb eine sprudelnde Einnahmequelle.

Ein Dauerthema bei den Großbanken bleibt die „Allfinanz“-Strategie, d. h. die Ausweitung der „Dienstleistungspalette“. Argwöhnisch beobachtet man in den Zentralen eine Verschiebung bei der Struktur des Geldvermögens zuungunsten des Bankkapitals. In zunehmendem Maße fließen Gelder aus privaten Haushalten zu den Lebensversicherungen, nicht zuletzt wegen der schlechteren Perspektiven des gesetzlichen Rentensystems.

Jährliche Netto-Geldvermögensbildung (Anteile in v. H.)

	1989	1988
Bankeinlagen	61	28
Lebensversicherungen	17	34
Wertpapiere	12	30
Bausparen	10	2
Sonstige	0	6

(Quelle: Handelsblatt vom 10. 5. 1989; nach Angaben der Deutschen Bank)

Hinzu kommt, daß beim Wachstum des Geschäftsvolumens bei den verschiedenen Bankengruppen die Großbanken an hinterer Stelle rangieren. Das Geschäftsvolumen aller Banken (so eine Studie der Bundesbank im Monatsbericht April 1989) hat sich in den letzten zehn Jahren auf rund vier Billionen verdoppelt. Der Anteil der Großbanken ist im gleichen Zeitraum von 10,6 auf 8,9 Prozent gesunken.

Dieser Vergleich zeigt allerdings nur die halbe Wahrheit, weil die Großbanken – und nur sie – sehr viel im Ausland investiert haben, und weil sich deren Macht nicht nur im Geschäftsvolumen, sondern auch in der Beherrschung der „Kommandohöhen der Volkswirtschaft“ (über Mandate in Aufsichtsräten und Kapitalbeteiligungen) ausdrückt. Trotzdem sind die genannten Entwicklungen Anlaß für verstärkte Bemühungen bei den Großbanken, im Bereich Lebensversicherungen Fuß zu fassen (nachdem die Sparte Bausparen inzwischen besetzt worden ist). 1988/89 hat es hier wichtige Entwicklungen gegeben:

- im Herbst gründete die Deutsche Bank eine eigene Lebensversicherungsgesellschaft
- im Februar 1989 präsentierte die Dresdner Bank einen Kooperationsvertrag mit der Allianz Versicherung
- im April verdichteten sich die Gerüchte, daß die Commerzbank bei der öffentlich-rechtlichen Versicherung BDV + Partner einsteigen will.

2.2 Konzentration

Wie in den INFORMATIONEN (1/89, S. 7f.) dargestellt, ist die Zahl der Insolvenzen erstmals seit den sechziger Jahren 1987 und 1988 rückläufig gewesen, wenn auch mit 15 700 in 1988 immer noch sehr hoch. Diese Zahlen geben aber bei weitem nicht das Ausmaß an Unternehmensschließungen wider. Nach wie vor ist die stille Liquidation, d. h. das Auslaufen des Geschäftsbetriebs ohne Insolvenzanzeige, die Regel. Die Zahl liegt etwa 25 mal so hoch wie die der gerichtlich notierten Konkurse oder Vergleiche (10 562 im Unternehmensbereich 1988). Und hier ist bisher auch keine abnehmende Tendenz erkennbar. Nach einem leichten Rückgang 1987 wurde 1988 eine neuer Rekord aufgestellt:

Geschäftsaufgaben und Unternehmensgründungen (in tsd.)

	1977	1986	1987	1988
Gesch.-Aufgaben	141	252	248	260
Unternehmensgründungen	14	287	295	330

Quelle: Institut für Mittelstandsforschung, Bonn

Noch stärker als die Zahl der Liquidationen steigt die der Neugründung von Unternehmen, weshalb sich in diesem Bereich insgesamt eine positive Bilanz ergibt:

Zuwachs an Unternehmen (Gründung minus Liquidation) in tsd.

Jahr	Zuwachs
1976	5,3
1977	6,9
1978	16,6
1979	18,5
1980	42,6
1981	30,7
1982	63,0

Quelle: ebenda

Mehr als die Hälfte der Neugründungen (51,8 Prozent) erfolgte im Sektor „Sonstige“, worunter vor allem Dienstleistungsbetriebe erfaßt werden. Der zweite große Bereich ist der Handel mit 35,5 Prozent aller Neugründungen. Der Rest entfiel auf das Handwerk (9,5 Prozent) und die Industrie (3,2 Prozent). Diese Zahlen bestätigen den Augenschein, wonach insbesondere Servicebetriebe, Gaststätten und Boutiquen ein rasches Kommen und Gehen auf dem Markt veranstalten.

Dementsprechend düster sind die Perspektiven neuer Unternehmen in diesem Bereich. Dienstleistungen und Handel stellen bei den Insolvenzen die Mehrheit. Aus einer Untersuchung des Statistischen Bundesamtes geht hervor, daß 30 Prozent aller 1988 zah-

lungsunfähigen Unternehmen aus dem Dienstleistungsbereich und 25 Prozent aus dem Handel waren. Hier schlägt allerdings auch noch die Baubranche mit 22 Prozent zu Buche (Handelsblatt, 5. 4. und 19. 4. 1989). Dort gab es etwa 120 Insolvenzen je 10 000 Unternehmen; seit 1979 haben etwa zehn Prozent aller Baubetriebe dichtgemacht. Weiterhin gilt, daß junge Unternehmen besonders konkursanfällig sind; drei von vier Insolvenzen betreffen Firmen, deren Gründung acht Jahre oder weniger zurückliegt.

Das alles sind Probleme, die die führenden Konzerne kaum berühren. Hier ist weniger die mögliche Zahlungsunfähigkeit das Problem, als die Anlage der Profite außerhalb von Anlageinvestitionen. Der Erwerb von Unternehmen ist nach wie vor die beliebteste Form. Der Dauerbrenner Daimler-Benz/MBB sorgt dabei weiterhin für Aufmerksamkeit: Nachdem das Bundeskartellamt (wie zu erwarten) am 24. 4. den Zusammenschluß verboten hatte, beantragte Daimler-Benz postwendend beim neuen Wirtschaftsminister eine Sondererlaubnis. Es dürfte sich von selbst verstehen, daß Herr Haussmann diese Erlaubnis „nach nochmaliger sorgfältiger Prüfung“ erteilen wird, denn schließlich besteht an der Fusion ein „überragendes allgemeines Interesse“.

Im Saarland wurde im April 1989 der Zusammenschluß zwischen der AG der Dillinger Hüttenwerke und der Saarstahl Völklingen GmbH festgelegt. Danach werden die großen Stahlkonzerne des Saarlandes künftig unter einem Dach vereinigt sein; die Holdinggesellschaft wird zu 70 Prozent in französischem Besitz (Sacilor-Usinor) kommen, der Rest wird beim Saarland und der luxemburgischen Arbed liegen. Die Bundesregierung wird die Fusion subventionieren.

Von strategischer Bedeutung für einen Teilmarkt kann ein Fusionsfall in der Uhrenindustrie werden: Die Firmen Eckart Haller und Kienzle vereinigen sich zur Dufa Deutsche Uhrenfabrik GmbH & Co. KG. Planungen gehen dahin, unter diesem Dach weitere Uhrenproduzenten zu vereinigen und eine „große deutsche Uhrenlösung“ zu schaffen.

Im April gab Siemens bekannt, daß der Unternehmensbereich KWU einen Vertrag mit der französischen Framatome SA abgeschlossen hat. Gegenstand sind gemeinsame Entwicklung und Vertrieb von Druckwasserreaktoren.

Tiefgreifende Änderungen bei der Aufteilung der Macht unter den Kapitalen zeichnen sich im Bereich Telekommunikation ab – vor allem im europäischen Maßstab. Der Versuch einer „unfreundlichen Übernahme“ des britischen Plessey Konzerns durch Siemens und General Electric GEC (vgl. INFORMATIONEN 1/1989 S. 8) war wider Erwarten bis zum Frühjahr 1989 nicht gelungen (wenn auch noch nicht beendet). Diese Schlacht war jedoch nur das Wetterleuchten einer Vielzahl von Verschiebungen.

Die Gründe liegen auf der Hand: Die technische Veraltung der Produkte erfolgt sehr schnell, der Aufwand für Forschung und Entwicklung ist dementsprechend hoch; er übersteigt den Aufwand in der Produktion. Bis zu 80 Prozent der Gesamtkosten eines Systems entfallen auf die Software. Entsprechend große Stückzahlen sind nötig, um die Produktion rentabel zu machen. Obwohl der europäische Markt schon ziemlich hoch monopolisiert ist, bestehen erhebliche Überkapazitäten. Die kapitalistische Lösung eines solchen Problems liegt in der Konzentration und Zentralisation des Kapitals.

Der Markt für öffentliche Vermittlungstechnik in Westeuropa wurde für 1987 auf 16,4 Mrd. DM geschätzt. (Alle Angaben hierzu stammen aus Handelsblatt vom 10. 2. 1989). Ihn teilten sich folgende Konzerne auf (Marktanteile in Prozent):

Alcatel N. V. (incl. SEL)	31
Siemens	15
GPT (GEC und Plessey)	15
Ericsson Ab	14
Northern Telecom	6
Italtel	5,9
APT (AT & T) und Philips)	2,2
Sonstige*)	12

*) Hasler, TN, DeTeWe, Nokla, Nixdorf u. a.

Hiervon ausgehend begann 1988 eine Übernahmeschlacht, die immer noch in vollem Gange ist:

Ende 1988 übernahm **Siemens** von IBM deren Tochter Rolm (US-Marktanteil 18 Prozent). Damit ist Siemens bei privaten Kommunikationssystemen weltweit mit 11 Prozent Marktanteil an der Spitze, gefolgt von AT & T mit 9 Prozent. In der BRD liegt der Konzern mit 31 Prozent ohnehin unerreichbar vorne.

Die mit GEC gemeinsam geplante Eroberung von Plessey ist noch nicht gescheitert. Gelänge sie noch, wäre Siemens im Verbund mit GEC auch in Europa führend (gleichstark mit der französischen Alcatel); weltweit stiege der Marktanteil auf 15 Prozent.

AT & T schloß 1988 einen Kooperationsvertrag mit der staatlichen Italtel und wird an den gewaltigen Investitionen profitieren, die der italienische Staat plant.

AT & T versucht im letzten Jahr auch, die DeTeWe zu übernehmen, was von Mehrheitsaktionär Siemens verhindert wurde.

Derzeit sprechen Gerüchte von Plänen der AT & T, bei Nixdorf einzusteigen.

Bosch hat 1988 vom französischen Konzern Jeumont Schneider den Telecombereich übernommen und ist damit (einschließlich der Tochterfirma TN) die Nummer drei in Westeuropa geworden.

Ebenfalls 1988 hat Bosch mit der Schweizer Hasler AG (Ascom Gruppe) einen Kooperationsvertrag geschlossen. Damit wurden auch Verbindungen zur schwedischen Ericsson AB geknüpft, die mit Ascom zusammenarbeitet.

Im Frühjahr schloß Bosch einen ähnlichen Vertrag mit der Telettra (Fiat-Konzern).

Ericsson unterhält ein Kooperationsabkommen mit IBM und kaufte Ende 1987 20 Prozent der französischen CGCT – gegen die Konkurrenz von Siemens, AT & T und Philips.

Die kanadische **Northern Telecom** (weltweit viertgrößter Hersteller vom Fernmeldeanlagen) baut im letzten Jahr ein Werk für Telefonanlagen in Lothringen. Seit 1987 ist NT an der britischen STC beteiligt.

Die Vorgänge weisen gewisse Parallelen zu der Zentralisationswelle auf, die um die Jahrhundertwende die Weltelektroindustrie umkämpfte. Damals bildete sich mit General Electric, Westinghouse, Siemens und AEG ein weltweites Kartell, das alle wesentlichen Konkurrenten beherrschte und die Märkte unter sich aufteilte. Heute sind es fünf oder sechs Konzerne, denen längerfristig im Bereich Telekommunikation Überlebenschancen eingeräumt werden: AT & T, Alcatel, Siemens, NT, Philips und Bosch. Die Branche bleibt für Überraschungen gut.

3 Lage der Arbeiterklasse

3.1 Löhne und Gehälter

Die tariflichen Arbeitseinkommen entwickeln sich wie im Vorjahr, die vereinbarten langen Laufzeiten der Tarifverträge binden die großen Tarifbereiche bis 1990. Allerdings werden im laufenden Jahr Arbeitszeitverkürzungen für 12 Millionen Beschäftigte wirksam (gegenüber 5 Millionen 1988), so daß die tariflichen Stundenverdienste rascher steigen als im vorigen Jahr.

Tariflohn- und -gehaltsniveau¹

1. Vj. 88	2. Vj. 88	3. Vj. 88	4. Vj. 88	1. Vj. 89
+2,7	+2,8	+2,7	+2,7	+3,0

¹ Auf Monatsbasis, in Prozent gegenüber dem Vorjahr (Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Iff.)

Die überraschend günstige Konjunktorentwicklung und die Preiserhöhungen, die stärker als erwartet sind, haben dazu geführt, daß

die Bezieher von Löhnen und Gehältern noch weiter in Rückstand gerieten. Die Problematik von langen Laufzeiten tritt deutlich zu Tage: Die Lohnkosten bleiben praktisch stabil, so daß sowohl die Effekte der besseren Auslastung als auch der höheren Preise einseitig den Beziehern von Gewinneinkommen zugute kommen. Die Arbeitsproduktivität je Beschäftigtenstunde steigt derzeit um drei bis dreieinhalb Prozent jährlich, während die realen Arbeitsverdienste stagnieren.

Während die Gewerkschaften an die ausgehandelten Verträge gebunden sind, stellt sich die Lage für die Unternehmen anders dar. Gesetzt den Fall, es wäre zu einer Krise mit einem starken Anstieg der Lohnkosten gekommen, so wäre der Druck auf die Gewerkschaften infolge der steigenden Arbeitslosigkeit groß gewesen. Zudem sind die Einkommen ja nur teilweise tariflich abgesichert, einem Abbau der übertariflichen Lohnbestandteile hätten die Gewerkschaften in einer solchen Situation kaum etwas entgegenzusetzen. Die Risikoverteilung bei langen Laufzeiten ist also durchaus ungleich.

Derzeit ergibt sich die ungewöhnliche Situation, daß die abhängig Beschäftigten in einer Phase kräftiger Konjunkturerweiterung an Verteilungsposition, ja möglicherweise sogar an Realeinkommen, einbüßen. Dies dürfte in einer Konjunkturabschwächung oder gar einer Rezession kaum wieder auszugleichen sein – der Verweis auf die großen tarifpolitischen Vorleistungen wird die Unternehmen auch 1990 nicht zu größerer Konzessionsbereitschaft in Lohn- und/oder Arbeitszeitfragen veranlassen.

Reallohnentwicklung¹

	1985	1986	1987	1988	1989 ²
Bruttolohn- und -gehaltssumme	3,8	5,0	4,0	3,8	4,0
Nettolohn- und -gehaltssumme	2,4	5,3	2,8	4,0	3,0
Je Beschäftigten	1,6	4,1	1,9	3,3	2,0
Inflationsrate	2,2	-0,2	0,2	1,2	3,0
Realeinkommen je Beschäftigten	-0,6	4,3	1,7	2,1	-1,0

¹ Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr
² Prognose des „Frühjahrsgutachten“ (Quelle: Wirtschaft und Statistik, 3/1989, S. 139; 1; DIW-Wochenbericht, 17-18/1989)

Während die Summe der Nettoarbeitseinkommen wegen der höheren Beschäftigung genauso stark steigt wie die Verbraucherpreise (drei Prozent), die Kaufkraftsumme also nicht zurückgeht, sinken die Reallöhne je Beschäftigten. Da gleichzeitig die Sozialeinkommen deutlich langsamer zunehmen als im Vorjahr – u. a. wegen Leistungskürzungen bei der Bundesanstalt für Arbeit – steigt das Masseneinkommen 1989 real nicht mehr an. Die Annahme, daß der private Verbrauch trotzdem um real zwei Prozent zunehmen wird, basiert einmal auf der kräftigen Zunahme der Selbständigeneinkommen. Zum anderen gehen die Wirtschaftsprognosen davon aus, daß die Verbraucher ihr Ausgabenverhalten u. a. in der Hoffnung auf Steuerermäßigungen 1990 nicht der laufenden Einkommensentwicklung anpassen, sondern statt dessen weniger sparen werden.

3.2 Preise

Die „Inflationsrate“, definiert als Veränderungsrate des Lebenshaltungsindex aller Haushalte gegenüber dem jeweiligen Vorjahresmonat, hat inzwischen wieder drei Prozent erreicht. Die Beschleunigung der Preisentwicklung seit dem Jahresende 1988 scheint beachtlich.

Lebenshaltung 1989¹

	Veränderung in % gegenüber dem	
	Vormonat	Vorjahr
Januar	+1,1	+2,6
Februar	+0,3	+2,6
März	+0,2	+2,7
April	+0,6	+3,0

¹ Alle Haushalte, Preisbasis 1980 (Quelle: Wirtschaft und Statistik, Iff.)

Es handelt sich bei der aktuellen Inflation allerdings ganz überwiegend um politisch gewollte Preissteigerungen. So ist der Steigerungseffekt als Folge der Verbrauchssteuererhöhungen und der Gesundheitsreform (Rezeptgebühr) allein schon mit 0,7 Prozent zu veranschlagen. Hinzu kommt die Erhöhung der Bundesbahntarife und der Postgebühren. Schließlich sind die Mieten, die derzeit durchschnittlich dreieinhalb Prozent über dem Vorjahresstand liegen, ein wichtiger preistreibender Faktor.

Eine erhebliche Rolle spielen die Heizöl- und Benzinpreise. Im April waren sie um mehr als 25 Prozent höher als im Vorjahr. Der Preisindex ohne Benzin und Heizöl lag in diesem Monat nur um 2,2 Prozent über dem Vorjahresstand. Mit einer Fortsetzung der starken Aufwärtsentwicklung im Mineralölbereich ist aber nicht zu rechnen: Die Ölpreise, die 1987/88 außerordentlich niedrig waren, haben sich offensichtlich inzwischen auf das Niveau eingependelt, welches derzeit den Marktverhältnissen entspricht.

Ausgewählte Preisindizes¹

	Industrie- preise	Landwirtschaftl. Erzeugerpreise	Einzelhandels- preise	Import- preise
Januar	+2,9	+3,5	+1,5	+5,9
Februar	+3,1	+5,0	+1,6	+5,9
März	+3,4	+5,7	+1,9	+7,2
April	+3,5			

¹ Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr (Quelle: Wirtschaft und Statistik, Iff.; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Iff.)

Der Anstieg der Rohölpreise und auch anderer Rohstoffpreise, teilweise bedingt durch einen relativ starken Dollar (der Dollarkurs liegt seit Jahresbeginn zwischen 1,80 und 1,90 DM und damit um zwanzig Pfennige oder mehr als zehn Prozent über dem Vorjahresstand) schlägt sich vor allem in einer starken Erhöhung der Importpreise nieder – wobei aber nicht vergessen werden darf, daß die Einfuhrpreise 1988 um fast ein Viertel unter dem Stand von 1985 gelegen hatten. Auch die Rohstoffpreise auf Dollarbasis sind trotz einer Steigerung gegenüber 1988 um zehn bis fünfzehn Prozent heute immer noch um mehr als ein Viertel niedriger als 1980. Sich diese Ursachen der gegenwärtigen Inflationsbeschleunigung zu verdeutlichen ist deshalb wichtig, weil die monetaristisch orientierten Wirtschaftspolitiker schon jetzt wieder angefangen haben, nach einer klassischen Antiinflationpolitik (d. h. straffe Geldpolitik, Haushaltskonsolidierung und restriktive Lohnpolitik) zu rufen. Die letzten Zinserhöhungen der Bundesbank wurden teilweise so begründet. Eine solche Politik, gerichtet gegen eine klassische „Kostentreibung“, würde aber an den gegenwärtigen Ursachen der Preissteigerungen vorbeigehen. Sie würde die Konjunktur abwürgen, Arbeitsplätze gefährden, ohne stabile Preise sichern zu können.

3.3 Sozialhilfe

Die Entwicklungen im Bereich der Sozialhilfe gelten als ein Indikator für „Armut“ in einer Gesellschaft – der Sozialhilfesatz von gegenwärtig etwa 410 DM (Eckregelsatz im Bundesgebiet) wird vielfach als Armutsgrenze behandelt.

Vor diesem Hintergrund kann die Periode des langanhaltenden Konjunkturaufschwungs seit 1983 gleichzeitig als Periode der Ausbreitung von Armut in der Gesellschaft beschrieben werden. Die Ausgaben der Gebietskörperschaften (vor allem der Gemeinden) für Sozialhilfe haben sich zwischen 1980 und 1988 auf rund 28 Milliarden DM verdoppelt. Eine Würdigung dieser Entwicklung erfordert allerdings einen etwas genaueren Blick auf die Struktur der Sozialhilfe. Dabei gibt es zwei große Ausgabenblöcke, nämlich die „Hilfe zum Lebensunterhalt“ (HLU) und die „Hilfe in besonderen Lebenslagen“ (HLB). Die Kosten für diese beiden Hilfearten verteilen sich derzeit wie 40/60.

Kosten der Sozialhilfe¹

	1970	1980	1987
HLU	1181	4339	10270
HLB	2155	8927	14929
Insgesamt	3507	14366	26291

¹ In Millionen DM (Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 4/1989, S. 43)

Die Kostendynamik bei der HLU geht von der rapiden Zunahme der Empfängerzahl aus. Während 1970 rund 750 000 überwiegend ältere Menschen Sozialhilfe bezogen, liegt die Zahl derzeit bei knapp zweieinhalb Millionen. In den sechs Jahren des Aufschwungs 1983/88 vergrößerte sie sich um mehr als 700 000.

Empfänger von Sozialhilfe¹

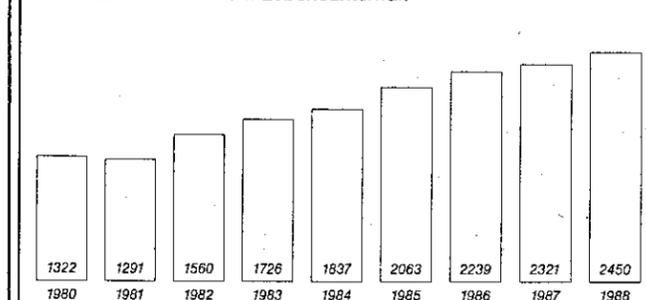
	1970	1980	1987	1988 ²
HLU	749	1322	2321	2450
HLB	965	1125	1262	1300
Insgesamt	1491	2144	3129	3750

¹ In 1000 Personen
² Geschätzt auf der Grundlage der Vierteljahresstatistik der Gemeinden (Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, ebd.)

Zahl der Sozialhilfeempfänger*

(in 1000 Personen)

* Nur laufende Hilfe zum Lebensunterhalt



IMSF

Die Zahl der Empfänger von HLB hat nur wenig zugenommen. Bei ihnen handelt es sich überwiegend um pflegebedürftige Personen, die die Kosten der Unterbringung in Heimen bzw. die Beschäftigung von Pflegepersonal nicht aus eigenen Mitteln bezahlen können. Außerdem um Behinderte, die Eingliederungsbeihilfen beziehen. Immer noch ist dieser Teil der Sozialhilfe sehr kostenintensiv.

Die HLU erhalten jene Personen, die kein anderweitiges ausreichendes Einkommen beziehen, d. h. vor allem Menschen, die weder im Rahmen des Systems der sozialen Sicherung noch im Beschäftigungssystem abgesichert sind. Was die Zahlen der HLU-Empfänger angeht – erfaßt sind alle Personen, die im laufenden Jahr Sozialhilfe bezogen haben –, so zeigen Untersuchungen, daß nur etwa die Hälfte der Berechtigten ihren Anspruch geltend macht. Daher kann davon ausgegangen werden, daß derzeit an die fünf Millionen Menschen in dem Sinne „arm“ sind, daß sie auf oder sogar unter dem Sozialhilfeniveau leben müssen (Memorandum 89, S. 59). Die Zahlen von 1986 – aktuellere liegen derzeit noch nicht vor – machen deutlich, daß die Struktur der Sozialhilfe sich grundlegend gewandelt hat. Waren es früher Lücken im System der Altersversorgung, die über die Sozialhilfe ausgeglichen werden sollten, so ist heute die größte Gruppe der Sozialhilfeempfänger arbeitslos bzw. hat nur ein geringes Erwerbseinkommen. Waren noch 1980 zwei Drittel der Sozialhilfeempfänger jünger als 18 oder älter als 60 Jahre, so waren 1986 schon mehr als die Hälfte im erwerbsfähigen Alter zwischen 18 bis 60. Die Funktion der Sozialhilfe ist es heute, Lücken des Beschäftigungssystems auszugleichen. Dabei ist besonders bezeichnend, daß sich dieser Strukturwandel in einer konjunkturell günstigen Phase vollzogen hat.

Das Thema „Armut“ muß daher auch heute in einer neuen Weise aufgegriffen werden. Es kann nicht nur mehr als Bestandteil oder als „Unterfrage“ der traditionellen Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit begriffen werden, welche sich um das Verteilungsproblem zentrieren. Die Ausdifferenzierung der sozialen Verhältnisse innerhalb der Lohn- und Sozialabhängigen und das Entstehen einer relativ stabilen Randgruppe von Armen besitzt einen eigenständigen politischen Stellenwert. Das Bild der „Zwei-Drittel-Gesellschaft“ ist dabei insofern irreführend, als es diese Differenzierung zu sehr vereinfacht. Darüber hinaus suggeriert es für die Ausgegrenzten (als „Drittel“) politische und soziale Handlungsmöglichkeiten, die diese nicht besitzen – nicht zuletzt weil deren Situation **gemeinsames** Handeln erschwert oder oft faktisch aus-

schließt. Die entfaltete Ausländerfeindschaft gerade bei jenen Gruppen, die sich in ihren sozialen Aufstiegshoffnungen getrogen sehen und politisch eher dem Rechtsextremismus zuneigen, ist nur ein Beispiel dafür. Eine wirksame Gegenstrategie kann sich daher auch nicht darauf konzentrieren, die Betroffenen für soziale Verbesserungen zu mobilisieren. Armut kann nicht bloß als „Brotfrage“ im traditionellen Sinne behandelt werden. Wie wenig realistisch ein solches Konzept ist wird deutlich, wenn man sich vorstellt, daß z. B. die Sozialhilfeempfänger selbst die Hauptträger einer Bewegung für eine Anhebung der Sozialhilfe sein sollten. Alle aktuellen und historischen Erfahrungen zeigen, daß gerade die eingeschränkte Handlungsfähigkeit in politischer und sozialer Hinsicht selbst ein wichtiges Merkmal der Armut ist. Die Ausdifferenzierung der Gesellschaft und die Herausbildung einer relativ festen, tendenziell aber wachsenden Gruppe von Armen selbst bei einer relativen Prosperität muß als gesamtgesellschaftliche Frage aufgegriffen werden, als Verstoß gegen herrschende gesellschaftliche Wertvorstellungen und Normen. Hier liegen Zugangsmöglichkeiten für Handlungskonzepte, die die große Mehrheit auch der nicht unmittelbar Betroffenen einbeziehen: Die Existenz von Armut in einer reichen Gesellschaft ist ein gesamtgesellschaftlicher Skandal, welcher dem existierenden System tendenziell die Legitimationsgrundlage zu entziehen droht. Sie ist damit mehr als eine Klassenfrage. Sie nur oder vor allem als solche zu begreifen, wäre auch schon deshalb falsch, weil damit unterstellt würde, daß die Masse der Lohnabhängigen sich potentiell von ihr bedroht fühlt. Diese Bedrohung existiert durchaus, aber nur in einer sehr abgestuften Form, in Gestalt einer sozialen Leiter, die eben eine untere Sprosse haben muß. Es ist aber nicht so, daß allein der Status der Lohnabhängigkeit (genauer der Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse) bereits eine potentielle Zugehörigkeit zur Gruppe der Armen beinhaltet.

3.4 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Die günstige konjunkturelle Situation hat sich auch in der Beschäftigung niedergeschlagen. Der Beschäftigungsanstieg ist stärker als ursprünglich erwartet.

Beschäftigung in der Gesamtwirtschaft (saisonbereinigt)¹

	1988				1989
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj. ²
Insgesamt	22865	22915	22967	23016	23070
darunter:					
Produzierendes					
Gewerbe	9747	9734	9736	9744	
Handel/Verkehr	4361	4364	4372	4375	
Dienstleist.	8518	8577	8622	8661	

¹ In 1000 Personen
² Schätzung des DIW
(Quelle: DIW-Wochenbericht 16/89)

Im ersten Quartal 1989 dürfte die Zahl der Beschäftigten um rund 200 000 höher gewesen sein als in der vergleichbaren Vorjahreszeit. Selbst in der Bauwirtschaft scheint wieder eine etwas höhere Beschäftigung erreicht worden zu sein. Dabei ist allerdings auf den Einfluß des milden Winters zu verweisen, der auch schon im vergangenen Jahr für höhere Beschäftigung im Frühjahr gesorgt hatte. Immerhin steigt nun auch in der Industrie die Zahl der Arbeitsplätze wieder an.

Entgegen den Erwartungen geht nun aber auch die registrierte Arbeitslosigkeit deutlich zurück.

Arbeitsmarkt 1989

	Arbeitslose		Kurzarbeiter		Offene Stellen	
	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)
Januar	2335	-184	171	-139	196	+35
Februar	2305	-212	199	-151	216	+42
März	2178	-262	186	-238	233	+43
April	2035	-227	200	-61	238	+45

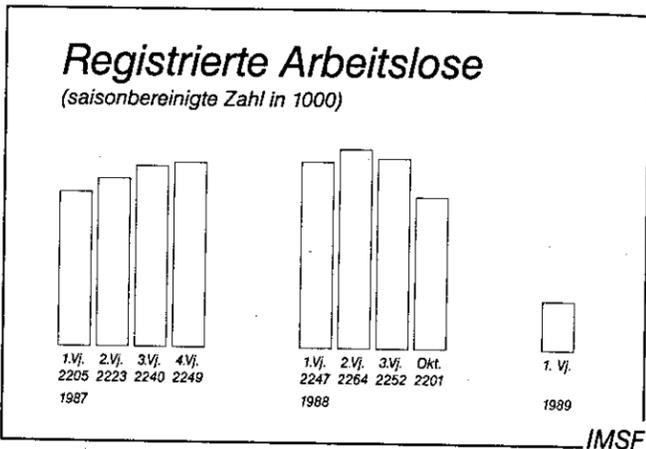
(1) In 1000 Personen (2) Veränderung in 1000 gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifd.)

In saisonbereinigter Betrachtung ist der Trend ebenfalls rückläufig, wenn auch im ersten Quartal 1989 durch den milden Winter etwas überzeichnet. Im April ist die saisonbereinigte Ziffer wieder etwas angestiegen, sie liegt allerdings immer noch deutlich niedriger als am Jahresanfang.

Registrierte Arbeitslose (saisonbereinigte Zahl in 1000)

1988				1989	
1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	April
2247	2264	2252	2201	2064	2023

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Beihefte Reihe 4, Ifd.)



Der Rückgang der Zahl der registrierten Arbeitslosen überrascht in seinem Ausmaß auch deshalb, weil er fast ebenso stark ist wie der Anstieg der Erwerbstätigkeit. Dies war in der Vergangenheit nicht der Fall, weil gleichzeitig das Erwerbspersonenpotential stark stieg – eine Tendenz, die sich im Zuge der verstärkten Aussiedlerströme eher verstärkt hat. Dies erklärt sich teilweise durch Veränderungen in der Statistik: So wurde der Erziehungsurlaub verlängert, vermehrt scheiden ältere Arbeitslose nach § 105c Arbeitsförderungsgesetz aus der Statistik aus. Andererseits hat sich der Umfang der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und der Fortbildungskurse etwas verringert.

Eine Rolle spielt vor allem der Runderlaß an die Arbeitsämter von Mitte März, demzufolge alle arbeitslosen Nichtleistungsempfänger, die dem Arbeitsamt mehr als drei Monate keinen Besuch abgestattet haben, nicht mehr registriert werden sollen. Diese Vorschrift gilt schon seit Anfang 1988, wurde aber von vielen Ämtern nicht angewandt. Im September 1988 waren noch etwa 200 000 solcher Personen als arbeitslos registriert. Deren Zahl dürfte sich in der Statistik inzwischen stark vermindert haben. Das „Frühjahrgutachten“ vermutet: „Möglicherweise wurden in Verbindung mit der achten Novelle des Arbeitsförderungsgesetzes nun auch Arbeitslose, die sich über längere Zeit nicht bei ihrem Arbeitsamt um Vermittlung bemüht haben, aus der Arbeitslosenkartei entfernt“ (DIW-Wochenbericht 17-18/1989, S. 210). Außerdem wies der erwähnte Runderlaß die Arbeitsämter dringend darauf hin, daß Arbeitslose, die zweimal innerhalb von 12 Monaten „zumutbare“ Arbeit abgelehnt haben, für drei Monate nicht mehr gezählt werden dürfen. Schließlich dürfen arbeitslose Sozialhilfeempfänger nur dann registriert werden, wenn sie tatsächlich „dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen“, arbeitslose Ausländer sind nur dann als arbeitslos zu zählen, wenn sie vorher schon in der Bundesrepublik gearbeitet haben. Der Runderlaß strebte offensichtlich ein statistisches „Großreinemachen“ an – ein Beleg für die Bedeutung, die die Bundesregierung den monatlichen Ziffern zumißt. Ziel ist es, die Zahl unter die Grenze von zwei Millionen zu drücken. An der arbeitsmarktpolitischen Realität wird dies aber wenig ändern. Denn hauptsächlich geht es hier um eine statistische Verschiebung in die „stille Reserve“. Das „Frühjahrgutachten“ rechnet für 1989 mit einem Rückgang der registrierten jahresdurchschnittlichen Arbeitslosenzahl um etwa 170 000, was doch eine merkliche Entlastung wäre. Dem liegt aber die Erwartung zugrunde, daß die „stille Reserve“ gleichzeitig deutlich zunimmt. So wird angenommen, daß die Zahl der Erwerbstätigen 1989 um rund 250 000 wächst, gleichzeitig aber das

Erwerbspersonenpotential um 200 000 zunimmt. Daraus ergäbe sich eine Verminderung der Arbeitslosenzahl nur um etwa 50 000 (bei etwa 3,6 Millionen tatsächlicher Arbeitsloser 1988).

4 Gewerkschaftliche Kämpfe in der Diskussion

4.1 Druckkonflikt '89 – Arbeitskampf im Umbruch

Der jüngste Tarifkonflikt in der Druckindustrie, auf dessen Vorgeschichte in der letzten Ausgabe der INFORMATIONEN eingegangen wurde, verdient in mehrerer Hinsicht eine genauere Auswertung. Forderungen und Inhalte der Mobilisierung weisen ebenso wie die streiktaktische Anlage auf neue Momente heutiger Tarifkämpfe hin, in denen der Umbruch in der Arbeit und veränderte Handlungsbedingungen reflektiert werden. Damit hat dieser Arbeitskampf wichtige Impulse für die gewerkschaftliche Zukunftsdiskussion vermittelt, die über die IG Druck und Papier bzw. IG Medien hinaus die Debatten in der Arbeiterbewegung und der Linken befruchten können.

4.2 Ergebnisse

Am 10. März 1989 kam es nach einem zehntägigen Arbeitskampf und vorausgegangenen zugespitzten Tarif- und Schlichtungsverhandlungen zu einem Abschluß in der Druckindustrie, der weit über diese Branche hinaus Beachtung fand. Dabei sind folgende Regelungen hervorzuheben:

- Als wichtigstes Ergebnis konnte erstmals in der Druckindustrie eine Fünf-Tage-Woche von Montag bis Freitag für die große Mehrheit der Beschäftigten tarifvertraglich festgeschrieben werden. Damit wurde gegen den „Zeitgeist“ der Flexibilisierungsfans bis in die Reihen der SPD und Gewerkschaften der Angriff auf das freie Wochenende abgewehrt. Druckspezifische Ausnahmen gibt es in geringem Umfang einmal für die Zeitungsproduktion und für Publikumszeitschriften, die regelmäßig erscheinen und im Einzelverkauf oder -abonnement vertrieben werden (für den einzelnen Beschäftigten bis höchstens 13 Samstage im Kalenderjahr). Für die kommenden Arbeitszeitkonflikte insbesondere bei Metall im nächsten Jahr ist dieser Erfolg eine wichtige Unterstützung.

- Der Angriff auf das „Herzstück“ des Tarifvertragssystems in der Druckindustrie, die Maschinenbesetzungsregelungen der „Anhänge“ des Manteltarifs, wurde erfolgreich abgewehrt. Die einseitig von den Unternehmern vollzogene Kündigung der „Anhänge“ war als Erpressungsinstrument genutzt worden, um die Gewerkschaft von ihren Kernforderungen abzubringen. In der Schlichtung Ende Februar boten die Unternehmer dann die Rücknahme der Kündigung an, falls die Gewerkschaft auf ihre Forderungen verzichte. Dieses Vorgehen wurde nach dem Abschluß und der Wiederin-Kraftsetzung der „Anhänge“ vom „Handelsblatt“ als falsche Taktik der Unternehmer kritisiert: „Es war nicht richtig, daß die Arbeitgeber vor der Tarifrunde die Anhänge zum Manteltarifvertrag aus gutem Grund kündigten, um dann diese Kündigung ohne ernsthafte Verhandlungen und ohne Grund wieder zurückzunehmen“ (HB v. 10./11. 3. 1989). Auch in Zukunft wird mit solchen Angriffen des Kapitals auf tarifvertragliche Kernbestände zu rechnen sein.

- Vereinbart wurde ferner ein tariflich festgelegter Ausgleich für die Einkommensnachteile, die den Schichtarbeitern durch die Steuerreform entstehen.

- Der tarifvertragliche Schutz von Teilzeitbeschäftigten wurde ausgeweitet und eine Wochenarbeitszeit von mindestens zwanzig Stunden festgeschrieben.

- Beim Gesundheitsschutz wollten die Unternehmer eine Ausweitung von Mitbestimmungsrechten verhindern. Der Abschluß sieht nunmehr ein Beschwerderecht vor. Danach „können die Arbeitnehmer im Rahmen des Betriebsverfassungsgesetzes Beschwerden einlegen, wenn die Arbeit nach ihrer Auffassung nicht menschen-

gerecht gestaltet ist, die freie Entfaltung der Persönlichkeit behindert oder wenn arbeitsbedingte Gesundheitsgefahren bestehen“. Die im Tarifvertrag vereinbarten neuen Informations- und individuellen sowie kollektiven Beschwerderechte bieten für eine aktive Interessenvertretung zahlreiche Handlungs- und Politisierungsmöglichkeiten. In der Wertung des DGB wird dies als „grandioser Durchbruch“ bezeichnet, der die Beschäftigten zu „Kontrolluren des Gesundheitsschutzes“ machen könne (vgl. Die Quelle 5/89, S. 290/1).

4.3 Arbeitskampfverlauf und neue Streiktaktik

Die IG Druck und Papier, die kurz vor ihrer organisationspolitischen Integration in die neue IG Medien diesen Tarifkonflikt alleine zu bestehen hatte, verfolgte eine kluge und wirksame Arbeitskampftaktik, die die Differenzierung im Kapitallager ausnutzte und vertiefte. Diese Tatsache wird auch vom „Handelsblatt“ kritisch eingeschätzt: „Der Grund für diese unterentwickelte Kampfstärke der Druckarbeitgeber liegt natürlich in der heterogenen Zusammensetzung ihres Verbandes... Die einen machen überregionale Tageszeitungen, die anderen Magazine und Illustrierte, manche Lokalblätter, viele die Aufschriften auf Zigarettenschachteln“ (HB v. 10./11. 3. 1989). Auch die letzteren, d. h. vor allem kleine und mittlere Akzidenzdruckereien, wurden bestreikt und gaben den Druck innerverbandlich weiter. Der härteste Widerstand gegen die Einschränkung der Wochenendarbeit war insbesondere vom Medienkonzern Gruner + Jahr ausgegangen, der unter allen Umständen einen Kompromiß verhindern wollte und kurz vor Vertragsabschluß aus dem Unternehmervorstand austrat.

Nach Angaben der IG Druck und Papier waren in der Zeit vom 1. bis zum 9. März in 1 113 Betrieben insgesamt 126 696 Mitglieder in Streikaktionen einbezogen. Während der Streiks fanden betriebliche Urabstimmungen statt, deren Ergebnisse in der Regel höher ausfielen als 1984. Beachtlich war auch die Beteiligung von Hunderten Redakteurinnen und Redakteuren an Solidaritätsstreiks.

Die Spezifik dieses Arbeitskampfes bestand aber nicht in einer breiten, flächendeckenden Einbeziehung möglichst vieler Betriebe, sondern in der Anwendung neuer, kraft- und finanzschonender und flexibler Kampfformen. Die Weiterentwicklung und Verfeinerung der Arbeitskampftaktik der IG Druck und Papier ergab sich aus den Erfahrungen von 1984, nach denen es in der Regel nicht gelungen war, Streikbruch unter Ausnutzung der neuen Technologien oder Produktionsauslagerungen zu verhindern. Die Versuche, die Auslieferung von Notzeitungen vor den Toren der Betriebe zu blockieren, hatten zu Polizeieinsätzen und langwierigen juristischen Auseinandersetzungen geführt. Neuere Streikkonzepte der Gewerkschaft richteten sich nunmehr auf flexible und für die Unternehmer unkalkulierbare Überraschungsaktionen unter Einschluß von rollierenden Abteilungsstreiks und einem „Verbleiben im Betrieb“, um den technisch erleichterten Streikbruch direkt zu verhindern. In Auswertung der bisherigen Erfahrungen hatten allein 1986 und 1987 über 200 Arbeitskampfschulungen mit mehr als 4 500 Teilnehmern stattgefunden. Insofern waren die subjektiven Voraussetzungen für die neue Kampftechnik verbessert worden.

Für die Beurteilung des Arbeitskampfverlaufs ist weniger die Anzahl der einbezogenen Betriebe als die Frage der Wirksamkeit der einzelnen Aktionen entscheidend. In der Debatte auf dem 15. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier wurden betriebliche Beispiele einer neuen Aktionsqualität beschrieben. Klaus Dohne zu „Rheinische Post“/Düsseldorf: „Die Kollegen sind in den verschiedensten Bereichen stundenweise zu Streikmaßnahmen aufgerufen worden, und zwar zu unterschiedlichen, genau aufeinander abgepaßten Zeiten zu zwei, drei und vier Stunden. Das Ende ist jeweils nicht bekanntgegeben worden. Die Kollegen sind im Betrieb verblieben. Sie sind durch die Abteilungen gegangen und haben beobachtet, was sich dort tut. Sie konnten die flexible Taktik dann noch weiter ausfeilen, ausweiten oder verfeinern, weil wir ja die Übersicht hatten, was in den Betrieben geschehen ist.“ Zur Wirksamkeit von flexiblen Überraschungsstreiks Julia Röll/Köln: „Wir haben zu unterschiedlichsten Zeiten unterschiedlichste Belegschaftsteile zu ganz unterschiedlicher Streiklänge aus dem Be-

trieb herausgeholt. Das hat mit viel weniger Aufwand, was die Streikenden angeht, das hat ohne große Streikpostenkettens, ohne Blockadeaktionen zu Produktionseinbrüchen, zu Ausfällen, zu großen Behinderungen und großen Kosten geführt, die wir mit anderer Streiktaktik nicht hätten erreichen können." Durch „Verbleiben im Betrieb“ konnten an einzelnen Tagen z. B. in München Teile der Auflage der „Süddeutschen Zeitung“, von „Bild München“ sowie in Frankfurt die Auflage der „Frankfurter Rundschau“ verhindert werden.

Insgesamt stellt diese Streiktaktik hohe Anforderungen an Planung und Durchführung, die nur bei entsprechend breiter innergewerkschaftlicher Vorbereitung und Diskussion gesichert werden können. Im Unterschied zu anderen Gewerkschaften ist dies in den letzten Jahren von der IG Druck und Papier systematisch eingeleitet worden. Unter den Bedingungen des gegenwärtigen technologischen Umbruchs sind in dieser Streikstrategie viele Elemente eines Arbeitskampfes der Zukunft erkennbar.

4.4 Triebkräfte, Handlungsmotivation und neue Inhalte

Die Forderungsstrukturen der Tarifkämpfe der letzten Jahre sind komplexer geworden. Schon in INFORMATIONEN 4/88 war auf eine tarifpolitische Schwerpunktverlagerung zu Fragen der Arbeits- und Technikgestaltung, der Arbeitszeitverkürzung und Qualifizierung sowie der Sicherung und des Ausbaus eines Normalarbeitsverhältnisses hingewiesen worden. Zweifellos resultiert diese Akzentuierung solcher neuen und komplexen Tarifkonzepte aus dem zunehmenden Problemdruck infolge des Umbruchs in der Arbeit.

Auch wenn im konkreten Verlauf der Tarifaueinsetzung zu meist eine Zuspitzung auf einen Konfliktgegenstand erfolgt, umfassen die Ausgangsforderungen und die handlungsmotivierenden Fragen häufig ein breites Spektrum. Im analysierten Tarifkonflikt der Druckindustrie waren es sowohl die Forderungen zur Lage der Arbeitszeit (freies Wochenende), zum Einkommensausgleich durch Verluste durch die Steuerreform wie die Forderungen zum Arbeits- und Gesundheitsschutz inklusive der Regelungen in den „Anhängen“. Eine Zuspitzung erfolgte insbesondere während der Schlichtungsverhandlungen auf die Frage des freien Wochenendes. In INFORMATIONEN 1/89 hatten wir dazu ausgeführt: „Es zeichnet sich ab, daß die Unternehmer diese Flexibilisierungsziele mit Härte und zahlreichen betrieblichen Erpressungsmanövern durchsetzen wollen und die künftige Konkurrenzunahme durch den EG-Binnenmarkt als Druckmittel nutzen. Im Mittelpunkt steht dabei der Kampf um das freie Wochenende.“ Zu den handlungsmotivierenden Forderungen gehörten zweifellos – wenn auch in den einzelnen Betrieben und Regionen mit unterschiedlicher Gewichtung – sowohl die Einkommensfragen wie die Probleme des Gesundheitsschutzes und der Ansprüche an eine humane Gestaltung der Arbeit. Zum Arbeits- und Gesundheitsschutz wurden von der Gewerkschaft eigene Argumentationen und Flugblätter vorgelegt. Manche Betriebsversammlungen während des Tarifkonflikts entwickelten sich geradezu zu „Gesundheitstribunalen“, was auf die enorme Politisierungspotenz dieses Konfliktfeldes verweist.

In INFORMATIONEN 1/89 war auf diese Dimension des Tarifkonflikts und die darin enthaltenen neuen Mobilisierungsansätze ausführlich eingegangen worden, weil nach unserer Auffassung hierin eine Grundtendenz der Erweiterung und Politisierung heutiger Tarifpolitik erkennbar wird. Nach allen inzwischen vorliegenden Auswertungen des Drucktarifkonflikts kann der Stellenwert des Arbeits- und Gesundheitsschutzes zur Mobilisierung ernsthaft nicht bestritten werden. Als Beispiel soll hierzu die Ausführung des stellvertretenden IG-Druck-und-Papier-Vorsitzenden Heinz Müller auf dem 15. ordentlichen Gewerkschaftstag zitiert werden: „In den letzten Jahren hat die Betroffenheit unserer Kolleginnen und Kollegen gegenüber Gesundheitsgefahren in der Arbeitswelt erheblich zugenommen. Dies zeigt nicht zuletzt auch der in der Druckindustrie stattgefundene Arbeitskampf, in dem für viele auch die Forderung nach einem besseren Gesundheitsschutz mobilisierende Wirkung hatte. Wir haben versucht, die Bedrohung unserer Umwelt konkret auf gesundheitliche Gefahren im Betrieb herunterzubrechen und vor allem die Verursacher beim Namen zu nennen“ (9. April 1989).

Als Triebkraft eines Arbeitskampfes und handlungsauslösende Momente können einzelne Forderungen und die sich darin jeweils ausdrückenden Interessen nicht schematisch voneinander getrennt werden. Neue Interessen, die Ansprüche auf ein stärker selbstbestimmtes und sinnvoll gestaltetes Leben, auf ökologische Verantwortung und Leben und Demokratie in der Arbeit ausdrücken, werden nicht isoliert zu Elementen der Gewerkschafts- und Tarifpolitik, sondern indem sie sich an grundlegende materielle und soziale Interessen anlagern, sie verändern und mit neuen Bedürfnisdimensionen aufladen. Damit verlieren soziale und Verteilungsprobleme nicht ihr Gewicht, verändern aber ihre Ausprägung und treten in Verknüpfung mit anderen Interessen auf. Ebenies wird in traditionalistischen und ökonomistischen Sichtweisen auf die Gewerkschaftspolitik übersehen. Eine „Aufladung“ sozialer Interessen ist bei den Forderungen der IG Druck und Papier in mehrfacher Hinsicht erkennbar geworden: „Unsere Lebenslaufzeit gegen ihre Maschinenlaufzeit“, „Unsere Lebensgestaltung gegen ihre Kosten-Nutzen-Rechnung“ – in diesen Slogans drücken sich Ansprüche auf eigene Zeitgestaltung und kritisches Bewußtsein gegenüber den Flexibilisierungszielen des Kapitals aus. Die Frage „Wem gehört die Zeit?“ wird zu einer tariffähigen Kampfforderung zur Sicherung des freien Wochenendes. Eine weitere Dimension umfassen die Forderungen, die Leben, Gesundheit und Demokratie in der Arbeit über die Abwehr unternehmerischer Angriffe hinaus zu einem offensiven Gestaltungsanspruch entwickeln. „Das bedeutet auch neue Schwerpunkte in der Tarifpolitik. Der jüngste Paragraph zum Gesundheitsschutz mit der Stärkung individueller Rechte und Demokratisierung des Gesundheitsschutzes zielt in die gleiche Richtung“ (Detlef Hensche, 1. Gewerkschaftstag der IG Medien, 11. April 1989).

Auch wenn diese politische Dimension der Tarifpolitik zuerst nur vom Kreis der gewerkschaftlich Aktiven bewußt aufgenommen wird, zeichnen sich hier neue Perspektiven ab: „Leben und Demokratie in der Arbeit wird eines der großen Themen künftiger gewerkschaftlicher Kämpfe sein“ (M. Balder auf dem Landesbezirkstag der IG Druck und Papier, Hessen, Frankfurt am 14. 1. 1989). Die Auseinandersetzung um die Arbeitszeit, die weit über den betrieblich-tariflichen Rahmen hinaus gesamtgesellschaftliche Ausmaße angenommen hat, belegt zugleich, daß nur bei einer bewußten Thematisierung auch der politisch-kulturellen Dimensionen die Herausforderung der Flexibilisierungs- und Deregulierungsoffensive angenommen werden kann. Dies muß den Rahmen traditioneller Tarifbewegung überschreiten. Werden die in die Zukunft weisenden Politisierungselemente aufgegriffen und betriebliche und gesellschaftliche Konfliktlinien bewußt zusammengeführt (z. B. an der Frage des Gesundheitsschutzes, der Arbeitszeit usw.), lassen sich auch die Bedingungen für eine gesellschaftliche Solidaritätsbewegung verbessern. „Das ist ein Ansatz, der sich mit anderen Strömungen in unserer Zeit verbinden läßt: Mit der Friedensbewegung, mit der Umweltbewegung, mit der Frauenbewegung – bis hinein in künstlerische, wissenschaftliche und kirchliche Bereiche“ (M. Balder, a. a. O.). Eine solche Zusammenführung zu befördern und damit zur Politisierung des gewerkschaftlichen Kampfes beizutragen, wäre eine spezifische Aufgabe der klassenorientierten Kräfte.

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Oberlindau 15, 6000 Frankfurt am Main 1.

Verfasser: Dr. Jörg Goldberg, Klaus Pickshaus. Der Abschnitt 1.3 wurde von Elvio Dal Bosco, der Abschnitt 2 von Gert Hautsch verfaßt.

Abschlußtermin dieses Berichts: 16. 5. 1989. Nachdruck nur auszugsweise mit Quellenangabe gestattet.

Erscheint in der Nachrichten-Verlags-GmbH, Kurtfürstenstr. 18, Postfach 900749, 6000 Frankfurt am Main; für Abonnenten der Monatszeitschrift NACHRICHTEN als Beilage im Abonnementspreis von 48,- DM einschließlich Zustellgebühr enthalten. Erscheinungsweise vierteljährlich im März, Juni, September und Dezember. Einzelpreis 4,- DM, Jahresabonnement 15,- DM einschließlich Zustellgebühr.

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, Xantener Straße 7, 4040 Neuss.